

Vorsorge für Frauen soll verbessert werden

Wer Kinder erzieht und deswegen weniger oder gar nicht arbeitet, soll dadurch im Alter künftig weniger Nachteile haben. Ein Experten-gutachten soll der Politik jetzt den Weg weisen.

Von Wolfgang Frey

«Unser Ziel ist und bleibt es, Verbesserungen für Frauen zu erreichen», sagt Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Klaus Tschütscher. Gerade auch in der Frage der Altersvorsorge. Diese spiele schliesslich oft auch eine Rolle, wenn berufstätige Frauen mit dem Gedanken spielten, Kinder zu bekommen: «Viele Frauen entscheiden sich dagegen, weil sie Lücken in der Altersvorsorge befürchten», sagte Tschütscher gestern beim Informationsanlass «Montag ist Wirtschaftstag». Frauen seien qualifizierte Arbeitskräfte. Für sie müsse der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, «damit sie Arbeit und Kinder unter einen Hut bringen».

«Grundsatzentscheid noch 2008»

Tschütscher stellte gestern ein Expertengutachten des Zürcher Altersvorsorgeexperten Jürg Brechbühl von der Allea AG vor, das verschiedene Möglichkeiten aufzeigt, die derzeitige Situation zu verbessern. Der Minister ist froh, dass die Grundlagenarbeiten für eine politische Weichenstellung

nun vorliegen. Er strebe noch vor den Wahlen eine «Grundsatzentscheidung» in dieser Sache an. In den verbleibenden Monaten werde man die Diskussion in der Regierung und im Parlament führen, kündigte Tschütscher an, sodass eine Umsetzung im Jahr 2009 möglich erscheint.

Der Autor des Gutachtens, Jürg Brechbühl, skizzierte die verschiedenen Möglichkeiten, die sich aus Anpassungen in den drei Säulen AHV, berufliche und private Vorsorge ergeben könnten. «Entscheidend ist, dass die Familien ohne Nachteile selbst entscheiden können, wie sie sich organisieren möchten», sagte Brechbühl.

Höhere Erziehungsgutschriften

In der AHV gebe es beispielsweise die Möglichkeit, Verbesserungen über die sogenannte Erziehungsgutschrift zu erreichen, sagte Brechbühl. Derzeit werde für Erziehungszeiten das Vierfache der Minimalrente gutgeschrieben. Diese Gutschriften sind allerdings begrenzt: Sie gelten nur so lange, bis das Kind 16 Jahre alt ist. Eine Variante wäre, die Erziehungsgutschriften zu erhöhen, sagte Brechbühl. In seinem Gutachten sei er allerdings zu dem Schluss gekommen, dass dies für die meisten zu «relativ bescheidenen Ergebnissen» führe, da bereits bei einem durchschnittlichen AHV-Jahreseinkommen von 79 560 Franken die Maximalrente erreicht sei: «Und in Liechtenstein bekommt



Zweite Säule im Visier: Der Experte Jürg Brechbühl hat im Auftrag von Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher Verbesserungsmöglichkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf untersucht.

Bild Elma Velagic

bereits ein hoher Teil der Menschen die Maximalrente.» Alternativ könne man erwägen, den AHV-Beitrag für die ersten 20 000 Franken des Einkommens staatlich zu fördern. Das würde nach Brechbühls Berechnungen zu einer «spürbaren Entlastung» der erziehenden Mütter von 900 bis 1800 Franken im Jahr führen, erfor-

derte allerdings auch einen grossen administrativen Aufwand: «Es wäre dann die Aufgabe der Firmen, ihre Lohnabrechnung entsprechend umzustellen.»

Ein einfachere Lösung sieht Brechbühl in der zweiten Säule: «Man kennt das ja schon von Arbeitslosen, auch sie können ihre Versicherung bei

einer betrieblichen Pensionskasse weiterführen.» Entsprechend könne das auch während der Kindererziehungszeit funktionieren. Der Staat könnte beispielsweise für drei bis fünf Jahre einen Teil der Beiträge übernehmen. Die Pensionskasse für das Staatspersonal sehe eine solche Möglichkeit bereits vor. Für Versicherte in anderen Pensionskassen liesse sich eine Sammelstiftung gründen, in der zunächst der Staat seine Zuschüsse einzahle, nach dem Ende der Kinderpause könnten sich die Mütter mit diesem Geld dann wieder in ihrer eigenen Pensionskasse einkaufen.

Zweite Säule im Fokus

Diese Variante hält Brechbühl für die naheliegendste. Möglich wäre zwar auch ein staatlicher Zuschuss in die private Vorsorge. Diese müsste in dem Fall dann jedoch zweckgebunden werden, so wie in der Schweiz, die Einzahlungen in den entsprechenden Bereich der dritten Säule steuerlich begünstigt, was in Liechtenstein nicht der Fall ist. Das würde allerdings einen Systemwechsel bedeuten.

Daher lenkt Brechbühl den Blick der Politiker auf die zweite Säule. Dort liesse sich seiner Meinung am einfachsten und systemkonformsten eine Verbesserung für Frauen mit Kindern erreichen.

Tschütscher unterstrich, dass es darum gehe, eine effektive Lösung zu finden: «Wenn der Staat Geld ausgibt, dann sollte es sinnvoll sein.»